

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Volk will Frieden!

Rundgebungen in Paris.

Paris, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter veröffentlichten am Dienstag morgen spaltenlange Berichte über die Rundgebungen, die am Montag die Bevölkerung von Paris herriot bei seiner Rückkehr von London bereitete. Die Menge, die den Ministerpräsidenten am Bahnhof erwartete, wird auf über 25 000 Personen geschätzt. Sie versuchte wiederholt, Herriot auf die Schultern zu nehmen und ihn durch die Stadt zu tragen. Es dauerte längere Zeit, bis es der Polizei gelang, Herriot, der von diesem herzlichen Empfang zu Tränen gerührt war, eine Gasse zu bahnen. Auch am Montag war es wieder der Ruf: „Es lebe der Friede! Nieder mit dem Krieg!“, der von Tausenden von Stimmen dem Ministerpräsidenten vom Bahnhof bis zum Auswärtigen Amt das Geleit gab. Die Rundgebungen, schreibt das Gewerkschaftsorgan „Peuple“, waren Verurteilungen der Politik Poincarés durch das Volk von Paris. Das linksdemokratische Organ „Ouvrier“ spricht von einem Triumphzug, den die Bevölkerung dem Vorkämpfer des Friedens gebracht habe.

Die begeisterten Rundgebungen, mit denen das Volk von Paris Herriot begrüßte, sprechen eine deutlichere und eindringlichere Sprache, als die zum Teil zurückhaltenden Äußerungen der Pariser Presse. Trotz der im großen und ganzen zustimmenden Haltung der einflussreichsten Pariser Organe zeigt sich auch bei dieser Gelegenheit, daß die unter dem Einfluß mächtiger Kapitalgruppen stehenden hauptstädtischen Blätter keineswegs das richtige Spiegelbild der Stimmungen und Anschauungen der breiten Bevölkerungsmasse geben. Wie wir schon mehrfach betonten, steht das französische Volk in seiner großen Masse viel weiter links, als es nach den Äußerungen des überwiegenen Teiles der Pariser Presse den Anschein hat. Einen schlagenden Beweis dafür liefert der Ausgang der Kammerwahlen vom 11. Mai, die den Zusammenbruch des nationalen Blocks und der Poincaréschen Hauptpolitik herbeiführten. Einen weiteren Beweis liefern die Friedensrundgebungen, die das Volk von Paris während des kurzen Besuches Herriots während der Londoner Konferenz und insbesondere jetzt nach seiner Rückkehr veranstaltete.

Diese Rundgebungen sind keineswegs spontane Stimmungsausprägungen eines temperamentvollen Volkes, sondern Äußerungen eines tiefwurzelnden Wunsches der arbeitenden Volksmasse in Frankreich, endlich einmal die Wunden der Nachkriegszeit zu heilen und zu einer Verständigung mit Deutschland zu gelangen. Der Anfang zu einer solchen Verständigung ist jetzt gemacht. Zum ersten Male seit vielen Jahren zeigen sich sowohl für das deutsche wie für das französische Volk Ausichten auf eine Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen, die frei ist von dem Fluche der Vergangenheit und der ständigen Bedrohung der Zukunft. Auf diesem Wege gilt es unablässig weiterzuarbeiten und, ungeachtet der Intrigen und des Haßgeschreis der Nationalisten hüben und drüben des Rheins, den lebendigen schöpferischen Kräften der breiten Volksmassen Raum zu geben, die hier wie dort nichts anderes wollen als gegenseitige Verständigung und friedliche Zusammenarbeit.

Nationalistische Geheveruche.

Paris, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Veröffentlichung des Briefes Macdonalds, der der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Räumung des Ruhrgebiets noch vor Ablauf der in London festgesetzten Frist durchgeführt werde, hat in der nationalistischen Presse einen neuen Entzündungspunkt ausgelöst. Der „Figaro“ wiesf Macdonald vor, daß er sich auf Kosten Frankreichs einen parlamentarischen Erfolg verschaffen wolle, und der englischen Industrie, der die Durchführung des Dawes-Gutachtens ein Dorn im Auge sei, einen Dienst habe erweisen wollen. Er habe dadurch nicht nur Herriot, sondern auch Frankreich brüskiert, dessen Geduld nunmehr wirklich am Ende sei. Der „Gaulois“ steht in diesem Brief ein sehr bedauerliches Vorspiel zu den späteren Verhandlungen über die Sicherheitsfrage und die interalliierten Schulden. Man habe also allen Anlaß, zunächst das Ergebnis der praktischen Durchführung der in London getroffenen Beschlüsse abzuwarten, ehe man sich einem schrankenlosen Optimismus hingeben könne.

Die Gesetze fertiggestellt!

Konferenz der Ministerpräsidenten.

Das Reichskabinett hat heute vormittag die Gesetzentwürfe über Goldnotenbank, Ausbringung der Industriebelastung und deutsch-spanisches Handelsabkommen genehmigt. Um 10 Uhr begann die Beratung mit den vollständig erschienenen Ministerpräsidenten der deutschen Länder. Zunächst berichteten Marx, Stresemann und Luther über den Konferenzausgang.

Amerika befriedigt.

Washington, 19. August. (W.B.) Staatssekretär Hughes gab die Meinung Ausdruck, daß der Dawes-Plan die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufbau Europas und den Wiederbeginn der Aktivität darstellen werde. Das in London erzielte Einverständnis stelle einen großen Schritt vorwärts dar, und die Verhandlungen hätten nur durch die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen und durch den

allseitigen ernstlichen Wunsch nach Verständigung zum Abschluß gebracht werden können.

Washington, 19. August. (W.B.) Einer Neuter-Meldung zufolge heißt er in einer Erwiderung des Präsidenten Coolidge auf eine Mitteilung des amerikanischen Botschafters in London, in der ihm der Abschluß des Reparationsabkommens mitgeteilt wurde: Ihre Mitteilung ist mit großer Genugtuung aufgenommen worden. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer geschickten Arbeit und zu Ihrem Erfolge. Sie haben in hohem Maße zu der Wohlfahrt der Welt beigetragen.

Günstige Anleiheausichten.

New York, 19. August. (W.B.) „Associated Press“ berichtet, die internationalen Bankiers hätten erklärt, die Vorbereitungen für die Zeichnung der deutschen Anleihe würden sofort beginnen. Die Ausgabe selbst könne indessen nicht vor Oktober erwartet werden. In Wallstreet wurde erklärt, die Anwesenheit der führenden amerikanischen Bankiers in Europa würde die Regelung der Anleihe beschleunigen. Die Vertreter vieler amerikanischer Banken und Trustfirmen seien kürzlich nach Deutschland gefahren, um über private Anleihen zu verhandeln und die Beziehungen zu den deutschen Finanzinstituten wiederherzustellen.

Neue Abrüstungskonferenz im Frühjahr.

London, 19. August. (W.B.) Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß nach Washingtoner Telegrammen wahrscheinlich im Frühjahr nächsten Jahres eine zweite Konferenz der Weltmächte zur Begrenzung der Rüstungen stattfinden werde. Es heißt, daß Präsident Coolidge einige Monate warten wolle, um sich und die anderen Mitglieder der Regierung davon zu überzeugen, daß das auf der Londoner Konferenz erreichte Abkommen von allen Parteien gehalten wird, bevor er sich mit den verschiedenen Mächten wegen eines Vorschlages in Verbindung setzen wird. Es verlautet, daß Hughes den Gedanken einer neuen Konferenz bei seinem Besuch in Europa mit führenden europäischen Persönlichkeiten erörtert und von allen Seiten ermutigende Erklärungen erhalten habe.

Owen Young Reparationsagent?

London, 19. August. (W.B.) Der diplomatische Bericht-erfasser des „Daily Telegraph“ glaubt, daß die Reparationskommission diese Woche den Posten des Generalagenten für die Reparationen Owen Young anbieten, daß Young ihn aber schwerlich für länger als drei Monate annehmen werde.

Belgische Zustimmung.

Paris, 19. August. (U.) In Brüssel findet Mittwoch nachmittags die Kabinettsitzung statt, in der Theunis und Hymans ihre Ministerkollegen ausführlich über den Verlauf der Londoner Konferenz und die erzielten Ergebnisse unterrichten werden. Ferner sollen in der Sitzung die Voraussetzungen für den Abschluß eines Abkommens mit Deutschland hinsichtlich der Zolltarife zur Sprache gebracht werden. Im Verlaufe der gestrigen dreistündigen Unterredung haben der König und der Ministerpräsident Theunis, dem Brüsseler Korrespondent des „Journal“ zufolge, die endgültige Unterzeichnung des Londoner Protokolls beschlossen. Der König und Theunis sind zu der Auffassung gelangt, daß sich in parlamentarischen Kreisen gegen die erzielten Übereinkünfte keine Opposition erheben werde.

Blutige Zusammenstöße in Italien.

Rom, 19. August. (U.) Die Auffindung der Leiche Matteottis hat Italien aufs neue erregt. In Rom und in der Provinz haben sich zahlreiche Zwischenfälle ereignet. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Faschisten und Arbeitern. In Neapel gab es mehrere Tote. Die Polizei, die ebenfalls von den Faschisten beschossen wurde, mußte Militär zu Hilfe rufen. Ein Trupp der antifaschistischen Bürgerwehren trat ebenfalls in Aktion. Mehrere Kabinettmitglieder sind verletzt worden.

Faschistische Mörder und Leichenschänder.

Rom, 18. August. (EP.) Heute morgen wurde im Friedhofe von S. Maria die offizielle Identifizierung der Leiche Matteottis durch zwei seiner Schwäger und die sozialistischen Abgeordneten Turati, Bocconi und Tonello vorgenommen. Die bezüglichen Protokolle wurden unterzeichnet. Die Witwe Matteottis hatte im letzten Augenblick nicht mehr den Mut aufgebracht, die zerstückelten Überreste ihres Mannes anzusehen. Später erfolgte die gerichtsarztliche Begutachtung der Leiche, deren Feststellungen ergaben, daß die Leiche ohne Hände ist. Die Leiche muß von den Mördern bei der eiligen Begrabung schrecklich verstümmelt worden sein, um sie in das zu kleine Grab hineinzuschieben zu können. Man nimmt jetzt als feststehend an, daß Matteotti unmittelbar nach der Entführung im Auto durch Dolchstöße getötet worden ist, weshalb auch die gesunde Jade Blutsede aufweist. Um für den Fall der Auffindung der Leiche die Identifizierung zu erschweren, war der Ermordete nachher entleert worden. Vom Bürgermeister von Rom, der Bevölkerung und der sozialistischen Partei sind im Friedhof von S. Maria Kränze niedergelegt worden. Die sozialistische Parteileitung hat dem Polizeioffizier, der die Leiche gefunden hat, die ausgesetzte Belohnung von 25 000 Lire zur Verfügung gestellt.

Das Ergebnis der Konferenz.

Von Rudolf Breitscheid.

London, 17. August.

Die Londoner Presse, aufs höchste zufrieden mit dem Ausgang der Konferenz, nennt den gestrigen Tag einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des Wiederaufbaus Europas. Wir sind nach all den schlimmen Erfahrungen, die wir seit 1918 gemacht haben, skeptisch geworden, und wir haben so manche Hoffnung zerließen sehen, daß es uns wahrhaftig schwer fällt, an den Beginn einer neuen und glücklicheren Epoche zu glauben. Die Festsetzung des Termins über die Räumung der nach unserer Auffassung vertrags- und rechtsmäßig besetzten deutschen Gebiete ist auch zu sehr hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben, als daß wir mit ungemischten Gefühlen der Freude nach Hause zurückkehren, und trotzdem können auch wir nicht umhin, anzuerkennen, daß sich in London etwas Bedeutsames vollzogen hat, etwas, das uns erlaubt, mit zuversichtlichem Blick in die Zukunft zu sehen.

Zum erstenmal nach dem Kriege nahmen die Deutschen an Verhandlungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern der Form und der Sache nach auf dem Fuße vollständiger Gleichberechtigung teil. Zum erstenmal wurden ihre Argumente nicht nur angehört und mit der Siegerehrung zur Kenntnis genommen, sondern diskutiert und gewürdigt. Zum erstenmal hat man sich nach getaner Arbeit in freundschaftlichen, ja man könnte beinahe sagen in herzlichen Formen voneinander getrennt und dabei der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Zeit des Diktats und der Sanktionen vorüber sei, und daß man nun zu der normalen Art der Verhandlungen unter den Nationen zurückkehre. Das mag als wenig erscheinen, weil es sich hier, von unserem Standpunkt aus gesehen, um eine Selbstverständlichkeit handelt, und doch ist es ein gewaltiger Fortschritt, gemessen an dem, was hinter uns liegt. Bedenken wir weiter, daß wir insofern über dem Vorkriegszustand hinaus sehr viel weiter gekommen sind als der Gedanke der schiedsgerichtlichen Erledigung strittiger Fragen vordringlich vorgedrungen ist, so hätten wir selbst dann das Recht, mit einer starken Befriedigung auf die letzten vierzehn Tage zurückzuschauen, wenn nicht außerdem für die Auslegung des Dawes-Gutachtens Formeln gefunden wären, die der deutschen Auffassung und den deutschen Interessen in sehr vielen Punkten gerecht werden, und wenn die Reparationsfrage nicht tatsächlich aus der Zone der Politik in die der Wirtschaft gerückt wäre.

Dieses Ziel ist, wie Macdonald in seiner Schlußansprache ausführte, erreicht worden, weil bei allen Bestrebungen der ernste Wille zur Mitarbeit bestand, und wir dürfen hinzufügen, weil mit den Wahlen vom 11. Mai in Frankreich ein neuer Geist zur Herrschaft gelangt ist. Vielleicht ist Herriot ein zu großer Idealist, um stets ein Unterhändler zu sein, wie man sich ihn für komplizierte Dinge wünschen möchte, aber es lebt in ihm der ehrliche und heiße Wunsch nach Verständigung und Frieden, und man braucht sich nur einen Augenblick lang vorzustellen, daß an seinem Platze Poincaré gesessen hätte, um die richtige Distanz zum schließlichen Ergebnis der Besprechungen zu gewinnen. Auf der anderen Seite brauchen wir freilich auch nur die Frage aufzuwerfen, wohin wir gekommen wären, wenn statt Marx und Stresemann etwa die Herren von Tirpitz und Graf Westarp die Vertretung der deutschen Sache in den Händen gehabt hätten. In diesem Falle würden ohne allem Zweifel die ausgleichenden Bemühungen Macdonalds, denen die englischen Zeitungen mit Recht großes Lob zollen, vergeblich geblieben sein und die Londoner Konferenz wäre ähnlich ausgefallen wie die zahllosen vorhergegangenen Tagungen, auf denen man das Schicksal Europas zu wenden versucht hat.

Aber die Räumung der Ruhr? Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß wir mit der in dieser Frage getroffenen Entscheidung unzufrieden sind, und wir wissen, daß die englische Labour Party sowohl wie die französischen und belgischen Sozialisten unser Mißvergnügen teilen. Die juristischen und moralischen Gründe, die gegen die militärische Okkupation sprechen, sind von uns oft und deutlich genug ausgesprochen worden, und sie brauchen in diesem Zusammenhang nicht wiederholt zu werden. Sie werden von allen rechtlich und vernünftig Denkenden verstanden werden, und ich glaube, daß sie auch der französische Ministerpräsident versteht, und daß seine eigene Auffassung nicht weit von der unseren entfernt ist. Wenn Herriot trotzdem zu dem Entschluß kam, den Räumungstermin um ein weiteres Jahr hinauszuschieben, so ließ er sich im wesentlichen von Rücksichten auf die interpolitische Lage in Frankreich leiten. Vor der Geschichte stände er sicher größer da, wenn er, ohne nach links und rechts zu schauen, seiner innersten Ueberzeugung gefolgt wäre; aber ob das im Augenblick für Deutschland vorteilhafter gewesen wäre, ist eine andere Frage. Sein alsbaldiger Sturz wäre unvermeidlich gewesen, und an die Stelle seines Ministeriums würde nach aller Wahrscheinlichkeit nicht ein Kabinett Briand, sondern eine mehr oder weniger poincaristische gefärbte Regierung getreten sein. Und was dann?

Auch heute ist es keineswegs über jeden Zweifel erhaben, ob er die kommende Kammerprüfung übersehen wird, und in den Kreisen der französischen Delegation ist man nicht ohne Besorgnisse. Dabei ist die Ruhr für die Mehrheit der beiden französischen Parlamente im Grunde von untergeordneter Bedeutung. Was man in erster Linie erhofft hatte, war in erster Linie eine für Frankreich günstige Lösung des Problems der interalliierten Schulden oder wenigstens bestimmtere Zusagen

auf diesem Gebiet, und in dieser Richtung sind auch die beiden französischen Genossen Auriol und Grumbach in London tätig gewesen. Ich glaube, auch kein Geheimnis zu verraten, wenn ich mitteile, daß Herriot zum sofortigen Zurückziehen der französischen Truppen aus der Ruhr entschlossen gewesen wäre, wenn er in der Schuldenfrage das entsprechende Entgegenkommen bei seinen angelsächsischen Verbündeten gefunden hätte. Da er in dieser Beziehung auf taube Ohren stieß, wurde die Ruhr für ihn sozusagen eine letzte Rückzugslinie. Um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, er habe alles aufgegeben und nichts erhalten, gab er seine bessere Erkenntnis preis und suchte sich vor sich selbst mit dem Gedanken zu rechtfertigen, dem er feucht und vor seinen Vertrauten und auch vor amtlichen deutschen Vertretern Ausdruck gab, daß er mit der Bürde der Poincaréschen Politik belastet, in seinen Entschlüssen nicht vollkommen frei sei. Dabei verhehlte er nicht im geringsten die Absicht, die Räumung vor der Beendigung des vorgeschlagenen Jahres vorzunehmen, und als Beweis seines guten Willens kündigte er — übrigens in vollem Einklang mit dem Kriegsminister Kollet — die alsbaldige Freigabe der Dortmund-Zone an.

Blieb unter diesen Umständen den Deutschen etwas anderes übrig, als sich abzufinden? Die Hoffnungen auf Engländer und Amerikaner erwiesen sich sehr schnell als eitel. Macdonald hielt zwar an der englischen Auffassung von der Rechtswidrigkeit der Okkupation fest, aber er sowohl wie die Amerikaner rieten der deutschen Delegation dringend, die Konferenz nicht durch die Ablehnung des französischen Planes zum Scheitern zu bringen, und nach kritischen vierundzwanzig Stunden wurde so der unvermeidliche Entschluß gefaßt. Er fiel um so schwerer, als sehr beunruhigende Nachrichten über die Stellungnahme der deutschen Presse in London eintrafen, aber es ist ein Verdienst der deutschen Delegation, daß sie sich durch solche Stimmen nicht beeinflussen ließ. Sie konnte die wirkliche Situation besser als man sie in der Heimat, die außerdem durch falsche Meldungen über die Haltung Macdonalds irreführt war, kennen konnte, und sie ist höchstens insofern nicht ganz von aller Schuld freizusprechen, als sie sich einige Tage lang einem unerklärlichen Optimismus über das Resultat der Pariser Reise Herriots hingeeben und dadurch mit dazu beigetragen hatte, daß man zu Hause an eine plötzliche und unerwartete Verschärfung der Lage glaubte und nach allerlei dunklen Einfüssen suchte, die zwischen Sonntag und Mittwoch dem französischen Ministerpräsidenten umgestimmt hätten.

So verlassen weder die Deutschen noch die Franzosen, die übrigens auch handelspolitisch nicht das erlangt haben, was sie erwarteten, völlig zufriedengestellt die englische Hauptstadt. Aber es bleibt dabei: sie sind einander viel näher gekommen, und es ist ein erster großer Schritt zur Befriedung Europas und zur Ausöhnung zwischen Deutschland und Frankreich getan. Es werden ihm weitere folgen, wenn man haben und drüber den Willen und die Kraft besitzt, den nationalstischen Saboteuren das Handwerk zu legen. Dann wird jene Konferenz, die unter dem Vorhitz eines sozialistischen Ministerpräsidenten tagte, von der Geschichte wirklich als ein Merkstein auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa bezeichnet werden.

Das Ganze halt!

Die Deutschnationalen blasen zum Rückzug.

Alle die Wochen hindurch, in denen die deutsche Delegation in London versucht hat, die Verhandlungen über die Durchführung des Dawes-Gutachtens einigermaßen günstig zu gestalten, haben die Deutschnationalen in einer wüsten, hemmungslosen Hege diese Arbeit gehindert. Sie haben bei Rückkehr der Delegation — man muß schon sagen — die Frechheit gehabt, ihre „nationale Opposition“ als eine Art Aktivium hinzustellen, und sie glauben, gelegentlich ganz Dummen einreden zu können, daß die Zugeständnisse, die Deutschland gemacht worden sind, ausgerechnet aus Angst vor ihnen erfolgten. Die Deutschnationalen wissen natür-

lich ganz genau, daß ihr Verhalten immer wieder Deutschland die größten Schwierigkeiten gemacht hat, sie wissen, daß die lärmende Kundgebung von Halle am 11. Mai eines der schwersten Hindernisse zur Beschleunigung der Räumung und Wüderung der Militärkontrollen gewesen ist. Trotzdem haben sie bis zum gestrigen Tage nicht aufgehört, die Londoner Abmachungen als ein „zweites Versailles“ zu bezeichnen. Man konnte beinahe feststellen, daß die Tonart ihrer Presse am gestrigen Montag noch heftiger war als am Sonntag.

Aber die Zeit des Bluffs ist vorbei. Hinter der Ablehnung steht die Auflösung des Reichstages, und die Deutschnationalen wissen, was eine Auflösung für sie bedeutet. Sie wissen, daß der wichtigste Vorbehalt, den sie zu machen haben, die Einführung der Schutzzölle, bei einer Auflösung des Reichstages schwer gefährdet ist. Denn daß sie nicht wieder mit 100 Mandaten in das Wallraf-Haus einziehen, daran werden sie selbst wohl kaum zweifeln. So erklärten denn gestern auch ihre Vertreter bei der Reichsregierung, daß sie sich ihre Stellung vorbehalten müßten.

Heute morgen sucht man vergeblich in irgendeinem Rechtsblatt auch nur eine Zeile gegen die Londoner Abmachungen. Selbst die „Deutsche Zeitung“ enthält sich jeder Äußerung. Sie teilt nicht mit, was die Deutschnationalen zu tun beabsichtigen. Wo bleibt der heldenmütige Kampf, der Widerstand bis zum äußersten gegen diese neue Verklawung? Nicht einmal die Tatsache wird mitgeteilt, daß die Deutschnationalen sich gestern ihre Stellung vorbehalten haben. Die ganze Rechtspresse beschränkt sich darauf, über die Verhandlungen mit der Regierung einen farblosen offiziellen Bericht abzufragen, aus dem über die Haltung der Deutschnationalen nicht das Geringste zu entnehmen ist. Man begreift, was hinter den Kulissen vor sich geht, wenn man in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nach einer langen Wenn-und-Aber-Darstellung am Ende folgendes liest:

„Entscheidungs-schwere Lage stehen der deutschen Volksoberleitung bevor. Wir glauben nicht, daß sich eine geschlossene Front der politischen Parteien für den sogenannten Londoner Pakt finden wird. Der Wortlaut der Abmachungen ist abzuwarten. Man wird bei der parlamentarischen Kritik und Stellungnahme an dem unerträglichen Zustand unserer Wirtschaft ebenso wenig vorbeigehen können wie an den schweren taktischen Fehlern, die der Regierung und ihrer Presse zur Last fallen.“

Die wirtschaftlichen Erwägungen spielen bei den Herrschaften der Rechten bekanntlich immer die Hauptrolle. Das sind die wahrhaft nationalen „unverzichtbaren Vorbehalte“. Kredite, Geld, Zölle, anständige Steuerverteilung — dann wird die Sache mit dem „zweiten Versailles“ sich schon einrenken lassen. So sehen sie aus, die Hege, die landaus — landein die Sozialdemokratie verleumdet und beschimpft haben, und die selber ihre Stellung in der plumpsten Weise nur von materialistischen Erwägungen abhängig machen. Es wird nicht mehr lange dauern, bis ihr Umfall gänzlich perfekt ist.

Palastrevolution in Offenbach.

In Ermangelung der Weltrevolution.

Die Reinigungs- und Säuberungsaktionen in der SPD. häufen sich in der letzten Zeit bedenklich. Wir glauben mit Ruth Fischer, daß das die natürliche Folge der Stagnation der kommunistischen Bewegung ist. In dieser Periode kommt der putzstilische Charakter der Parteilinie immer mehr im Gegensatz zu den realen Bedürfnissen der Arbeiterschaft auf reformistische Arbeit für Gegenwart und Zukunft. Wir melden vor kurzem den Ausschluß des kommunistischen Stadtoberordneten Hausding in Chemnitz. Sein Ausschluß erfolgte, weil er für die Annahme des Sachverständigenrats nicht und sich insgedessen weigerte, einem Parteibeschluß nachzukommen, monach er für die Chemnitzer Kommunisten in einer großen öffentlichen Versammlung Ruth Fischer in der Diskussion unterstützen soll. Jetzt ist in Offenbach ein Standes in der SPD. fällig. Der kommunistische Stadtoberordnete Seelamp hatte sich das Recht herausgenommen, in einer Sitzung eine

andere Meinung zu äußern, als sie die kleinen Götter von Offenbach a. M. für richtig hielten. Prompt erfolgte darauf die Ausweisung des folgenden Ufa:

Bez. 23. Frankfurt a. M., den 11. August 1924.

Benbergstraße 19 Offenbach a. M.

An den Genossen Seelamp

durch die Ortsgruppe Offenbach

Abschrift an die Ortsgruppe Offenbach.

M. G.

Du wirst ersucht, sofort (am Tage des Erhalts dieses

Schreibens) Dein Stadtoberordnenmandat der Ortsgruppe Offen-

bach a. M. laut Beschluß der Bezirksleitung vom 10. August 1924

zur Verfügung zu stellen.

Die Ortsgruppe Offenbach a. M. hat uns umgehend von

der erfolgten Niederlegung Mitteilung zu machen.

Mit komm. Gruß

Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion III. Internationale,

Bezirk Hessen-Stm.

D. Müller.

Auf diesen Parteibefehl hin hat Seelamp der Offenbacher Stadt-

verordnetenversammlung seinen Ufa zurück aus der kommunistischen

Fraktion mitgeteilt und sich geweigert, sein Mandat nieder-

zugeben. Ruth Fischer hat schon Recht, der „Opportunismus“ sieht

tief in den Massen drin. Es gibt nicht nur in Berlin

Duhernde von SPD-Funktionären, die seit der jüngsten Entwicklung

der SPD. den Rücken gekehrt haben.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Die kommunistischen Demagogen auf dem Abstieg.

Lugau, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Bei den gestrigen Gemeindevahlen hat die Sozialdemokratische Partei drei Mandate gewonnen, während die Kommunisten drei Sitze einbüßten. Es erlitten Stimmen: Liste 1 (SPD.) 2068, 8 Mandate, bisher 6; Liste 2 (KPD.) 800, 3 Mandate, bisher 6; Liste 3 (Unparteilich) 464, 2 Mandate, bisher 3; Liste 4 (Bürgerlich) 1661, 7 Mandate, bisher 6.

Boykott und Justiz.

Im „Vormärts“ wurde jüngst berichtet, wie das Junkertum in Ostpreußen durch völlig willkürliche und geschwindige „Ehrengerichte“ unheimliche Repressalien in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bann zu tun strebt. Wenn im Anschluß an diese Mitteilung der Wunsch ausgesprochen wurde, daß sich die Betroffenen zur Wehr setzen würden, so soll hier auf einen praktischen Weg hingewiesen werden, auf dem der nationalstischen Gesellschaft sehr bald das Handwerk gelegt werden könnte:

§ 826 des BGB. macht die Person oder Personen schadensersatzpflichtig, die „in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügen“. Ein Boykott lediglich wegen republikanischer Gesinnung oder Beiläufigkeit verstößt zweifellos gegen die guten Sitten. Unserer heutigen Justiz wäre zwar auch zuzutragen, daß sie diese Selbstverständlichkeit verneint, trotzdem würde es lohnen, diese Frage bis vor die höchsten Instanzen zu bringen.

Wer durch die Boykottverhängung irgendwelchen materiellen Schaden erleidet, sollte daher unter allen Umständen gegen die sämtlichen Herren, die sich ein Ehrenrichteramt über ihn angemacht haben, auf Schadensersatz klagen. Ferner gibt es aus § 826 BGB. auch eine Klage auf Unterlassung. Wer also irgendwie erfährt, daß sich das „Ehrengericht“ mit seiner Person befaßt, sollte sofort eine einstweilige Verfügung gegen jedes einzelne Mitglied beantragen, durch die es bei Strafandrohung den „Ehrenrichtern“ verboten wird, irgendeine „richterliche“ Handlung in der Sache vorzunehmen. Auch nach ergangenem „Urteil“ könnte noch die Unterlassungsklage auf dessen Publikation und jede Art der Weiterverbreitung zum Zwecke der Durchführung des Boykotts gehen.

Schließlich hätte auch der Staatsanwalt alle Ursache zu prüfen, wie weit hier Amtsanmaßung vorliegt.

Eins ist jedenfalls sicher: Wenn auch nur in einem Falle eine grundsätzliche Entscheidung dahin erzielt wird, daß die Herrschaften, die sich das Amt eines Ehrenrichters anmaßen, für die Wirkung ihrer Sprüche persönlich haften, dann wird ihnen bald der Beschmaß an dieser Tätigkeit vergehen.

Ludendorff hält Kritik ab.

Aus Weimar wird uns geschrieben:

Nach der Parole, die Ludendorff am Sonntag, den 17. August, auf dem Exerzierplatz abliest, ließ er nach allem militärischen Brauch die Führer und Vertreter aller möglichen Vereine und Körperschaften zu sich kommen und hielt Kritik ab. Als sich zuerst ein weimarer Führer der Völkischen meldete, vernichtete Ludendorff bei ihm die Kriegssorden und sagte zu ihm: „Ein völkischer Führer erscheint immer mit seinen Kriegssorden. Wenn der frühere Soldat Deimling beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold keine Orden nicht anlegt, so ist das begreiflich. Sie, Kamerad, brauchen sich doch Ihrer Orden nicht zu schämen!“ Der Kamerad erwiderte kurz: „Als völkischer Führer bin ich schamlos übergegangen worden.“ Ludendorff: „Sie waren gewiß bei einem Sturmabteilung, dessen Heidentaten der obersten Heeresleitung selber nicht gemeldet sind.“ Jener: „Zu Befehl, Excellenz! Ich habe trotz meiner Jugend und Gesundheit als Militärarzt von 1916-1918 in einem Krankenhaus das Zu- und Abgangsbuch geführt und für den Sanitätsreferenten die Schreibarbeiten gemacht. Ich habe sämtliche Unterhosen im sauberen und unfauleren Zustande eintragen müssen. Diese heldenmütige Leistung ist eben unter der geradezu köstlichen Regierung Weimars-Hollwegs der obersten Heeresleitung gegenüber verschwiegen worden.“

Ludendorff trat einen Schritt zurück und wendete sich zum Kameraden Brill, der sich als Vertreter der deutschnationalen Partei meldete: „Herr Major, ich habe heute früh zu meinem größten Erstaunen sehen müssen, daß die weimarsche nationale Jugend sogar die englische Kirche zerstückt hat. Ich wünsche dringend, daß außer der katholischen Kirche keine andere beschimpft wird.“ Weiter äußerte Ludendorff ganz allgemein: „Mir ist aufgefallen, daß in diesen Tagen sehr viele Autos mit recht hohen Nummern verkehren, auch will es mir scheinen, daß die Besitzer meist neue Reiche sind. Da sie ihr Vermögen lediglich meiner und meiner Freunde Politik zu verdanken haben, in erster Linie aber meiner militärischen Energie und Strategie, hoffe und wünsche ich, daß unsere Parteikasse in Zukunft keinerlei Schwierigkeiten mehr hat.“

Dem Vertreter des Stahlhelms zugewandt: „Dem Stahlhelm möchte ich meine besondere Feldherrnankennung zum Ausdruck bringen für seinen äußerlichen Bekanntheit. Wie ich von allen Seiten erfahren habe, hat sich am vorigen Sonntag unter dem Zeichen von Schwarz-Rot-Gold kein einziges Stahlhelmzeichen sehen lassen, während heute überall Schwarz-Rot-Gold aufsteht. Besonders dank möchte ich noch den staatlichen und städtischen Behörden abstellen. Es tut mir außerordentlich leid, daß sich alle drei Reichsrevolutionenminister auf Urlaub befinden und ebenso der Oberbürgermeister Mueller. Immerhin hätte ich erwarten dürfen, daß die

Herrn bei ihrer fünfmonatigen Ministerzeit noch so viel Kraft gefunden hätten, um dem heutigen Tage beizumohnen. Die Herren sollten und dürfen nicht vergessen, daß sie ihr Amt und Würde ohne meine Parteifreunde keinen Tag mehr tragen könnten. Die Herren sollten weiter bedenken, daß ihnen selbst unter früheren normalen Verhältnissen keine Ministerwürde gewinkt hätte. Seine Hoheit in Gotha hätte sicher Herrn Beutheuser nicht aus Waltershausen abberufen. Seine Durchlaucht in Rudolstadt hätte die Weltreise des Herrn Sattler von seinem Geburtsort Blankenburg in Thüringen bis Königsberg in Thüringen als abgeschlossen gelten lassen. Und Herr von Klitzner als ehemaligem Gerichtsassessor, späterem kurzfristigen Sonderhäuser Vordrassvertreter und Rittergutsbesitzer, wäre unter Umständen von seinem Herrn und Gebieter das Goethe-wort empfohlen worden: Jeder kehre vor seiner Tür, dann wird es rein im Stadtrevier.“

Zum Schluß bemerkte Exzellenz: „Eine reine Freude habe ich hier nicht empfunden. Ohne meine bayerischen Kräfte hätte ich heute, das betone ich besonders, auf allen Gebieten ein Fiasko erlebt. Der heutige Tag hat mir gezeigt, daß ich die großdeutsche Frage mit Ihnen nicht lösen kann. Ich danke den Herren!“

Die Entdeckung des Kalenders der Maya. Als die wichtigste und aufsehenerregendste Entdeckung, die bisher in der amerikanischen Archäologie gemacht worden ist, bezeichnet Dr. Thomas Gann die Entdeckung des Maya-Kalenders, die dem Archäologen der Harvard-Universität, Dr. Jos. Spinden, gelungen ist. Nähere Mitteilungen über diese Entdeckung wird Spinden auf den Amerikanisten-Kongress in Göttingen machen. Die wichtigsten Einzelheiten teilt Gann schon jetzt in englischen Blättern mit. Durch die Feststellungen des amerikanischen Gelehrten ist es gelungen, die Maya-Kultur bis zum 14. Oktober 3373 v. Chr. zurückzubringen, so daß also das Alter der geheimnisvollen Maya-Stätte auf mehr als 5000 Jahre festgelegt wird. Hunderte von großen Ruinenstätten und Tempeln der ältesten amerikanischen Kultur werden sich jetzt mit Sicherheit lokalisieren lassen. Dr. Spinden wurde zu seiner Entdeckung durch Beobachtungen geführt, die er über die Lage zweier großen Steinmonolithen anstellte, die sich auf den Spitzen zweier Hügel in den Ruinen von Copan befinden. Diese beiden, etwa 5 Kilometer voneinander entfernten Monolithen, wurden von den alten Urbewohnern dazu benutzt, um die Stellung der Sonne am Himmel bei einem ganz bestimmten Datum festzulegen. Nachdem nun einmal die zahlreichen Maya-Monolithen als Hilfsmittel erkannt waren, die dazu benutzt wurden, um Kalenderberechnungen anzustellen, konnte Spinden an verschiedenen Denkmälern die Art der Zeitberechnung durch die Maya nachweisen.

Ähnliche Theorien, die an europäischer Steinsetzungen der Steinzeit anknüpfen, z. B. an die berühmte Anlage des Stonehenge in England, haben keineswegs allgemeine wissenschaftliche Anerkennung gefunden. Man wird daher die amerikanische Meldung zunächst mit einiger Vorsicht aufnehmen.

Der Film bei den Kannibalen der Südsee. Die Kannibalen der Südsee sind, wie die meisten anderen Kannibalen auch, respektvolle und ordentliche Wilde. Daß sie früher häufiger und heute vielleicht noch gelegentlich einen Feind verzehren, hängt mit ihrem Glauben zusammen. Sie glauben an gesterbte Kräfte — Mana —, die in dem Menschen und außer ihm haufen, und diese Kräfte glauben sie sich einzuverleiben, wenn sie einen Menschen essen. Dieser Sport, der sich übrigens nicht gegen Weibchen — sie schmecken ihnen nicht —, hat ihnen aber nicht entfernt soviel geschadet wie die Feuer-maffen, das Feuerwasser, die Sapphirs und die Erhaltungskrankheiten, die der große weiße Räuber ihnen brachte. Die braunhäutigen, wollhaarigen Papuas der Neuhelbriden, die uns in einem Filmdorlinge der Urania vorgeführt werden, sind wahrscheinlich dem Aussterben geweiht. Um so dankenswerter ist es, daß Amerikaner ihr Leben und Treiben im Film festgehalten haben. Es wäre freilich besser gewesen, wenn Frau Johnson die Expedition leitete, mehr wissenschaftliches Interesse gehabt hätte und weniger ihre wichtige Person in den Vordergrund gerückt hätte. Immerhin, man sieht diese Menschen, die zu den Neuhelbriden — im australischen Archipel — gehören, in ihrer neuen Faszination, die ihnen ihre tropische Natur ermöglicht, freut sich ihrer schranken Beweglichkeit, die sie zum Baumklettern äußerst geeignet macht, lernt ihre Männerhäuser, ihre Ausgestoßene, ihre Ahnenbilder und ihre Totenverehrung kennen. Der Vortrag vertieft die oft etwas oberflächlichen Lektüre des Films, und so entsteht ein Gesamtbild, das uns eine gewisse Anschauung von dieser primitiven Menschheitsstufe gibt, die wir stolzer Europäer längst hinter uns haben und nun belächeln.

Der Ehren doktor auf Interat. Wie weit die „Meinung“ über die Ehren doktorwürde der deutschen Hochschulen wieder einmal gelunken ist, das zeigt ein Interat, das kürzlich in einer Berliner Tageszeitung zu lesen war. Darin fragt ein „Großindustrieller“ nach jemandem, der ihm gegen Entgelt bei der Erlangung des Ehren doktorstitels einer deutschen Universität oder Hochschule helfen kann. Der Leser eines solchen Interates aber fragt sich, wer bei dieser Gelegenheit eine schäblichere Rolle spielt: der Käufer des Titels oder der Verkäufer, der doch nach Lage der Dinge Angehöriger der Hochschule sein muß. Bei Industriellen scheint man den Doktortitel immerhin noch einzuschätzen, zum mindesten als Ersatz für den früheren Kommerzienrat und Geheimen Kommerzienrat.

Englands niedrigste Heiratsziffer. Die Heiraten in England und Wales haben im ersten Viertel dieses Jahres die niedrigste Zahl erreicht, die man seit der Registrierung, also in den letzten 60 Jahren, gefunden hat. Ebenso war die Geburtsziffer im zweiten Viertel von 1924 die niedrigste, die es mit Ausnahme der Kriegsjahre gegeben hat. Die Zahl der Personen, die heirateten, betrug im ersten Viertel 1924 93 990, 80 422 weniger als im vorhergehenden Vierteljahr und 12 572 weniger als in dem entsprechenden Vierteljahr von 1923. Die Zahl der Geburten war um 9674 geringer als in dem entsprechenden Viertel des Vorjahres.

Bühnenrevue. Angela Sax übernahm ab heute wieder die Rolle der Kimoja in der Volkstheateraufführung der „Gelfa“.

Eine nationale Forderung.

Herr Jarres, geben Sie die „Kote Fahne“ frei!

Der Reichsinnenminister hat die „Kote Fahne“ auf drei Wochen verboten, weil sie anlässlich des Verfassungstages in der bei ihr üblichen Weise die Republik beschimpft und zweifellos zum Sturz der Verfassung aufgefordert hat.

Wir halten trotzdem das Verbot nicht nur aus grundsätzlichen, sondern auch aus ganz konkreten Erwägungen für einen Fehler. Die Deutschnationalen wollen jetzt umfallen, da muß doch irgend jemand da sein, der die deutschnationalen Redensarten über ein „zweites Versailles“, „Londoner Skandepakt“, „jüdischer Weltkapitalismus“, „Aufhebung der nationalen Selbstständigkeit“, „Kolonialisierung Deutschlands“ usw. usw. aufnimmt und popularisiert. Wohin sollen wir denn kommen, wenn der nationale Gedanke gänzlich in den allgemeinen Brei eines europäischen Sumpfes untergeht? Das wäre doch eine furchtbare Perspektive!

Wie kann ein nationaler Mann in einer solchen Situation die „Kote Fahne“ verbieten und dadurch die einzige Stimme töten, die entschlossen zum „nationalen Widerstand“ gegen den „Skandepakt der amerikanischen Bankiers mit den sozialdemokratischen Lateinern“ aufruft! Herr Dr. Jarres, können Sie das verantworten? Geben Sie Gewissensfreiheit, geben Sie die „Kote Fahne“ frei!

Die Opposition wird kaltgestellt.

Weimar, 19. August. (U.) Wie bekannt wird, hat der nationalsozialistische Fraktionsführer im Thüringischen Landtage, Dr. Dinter, sein Führeramt niedergelegt, um sich mehr der Werbearbeit für die von ihm vertretene Bewegung widmen zu können. Sein Nachfolger ist der Abg. Oberlehrer Poickow aus Mühlentpfeiff bei Müstfeld.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Rücktritt Dinters nicht freiwillig erfolgt. Sein Krach mit seinen Fraktionsfreunden ist bekannt. Dinter wollte eine streng logische nationalsozialistische Politik betreiben und drang auf Entlassung des jüdischen sozialdemokratischen Leiters der Thüringischen Staatsbank. Da das deutschnationale Ministerium diesen Mann nicht entlassen zu können glaubt, es aber sich ohne die Hilfe der Nationalsozialisten nicht halten kann, beschloß die Landtagsfraktion der Nationalsozialisten gegen den Willen Dinters, den Juden und Sozialdemokraten Lüge zu decken. Und der Parteitag von Weimar scheint der Fraktion recht gegeben zu haben.

Der konservative Pole.

Enteignung beim Grafen Oppersdorf.

Der Landbesitzerverband Oberschlesien hat angeklagt die Tatsache, daß aus den umfangreichen Besitzungen des Reichsgrafen von Oppersdorf in Oberschlesien bisher noch kein Land für bäuerliche Neusiedlungen zur Verfügung gestellt werden ist, die oberbesessene Siedlungsgesellschaft aufgefordert, Güter im Umfange von circa 3500 Morgen aus der Herrschaft Oberschlesien auszuwählen, welche sich am besten für bäuerliche Siedlungen eignen, damit deren Enteignung betrieben werden kann.

Dieser Graf Oppersdorf, jetzt begeisterter Pole, war einst Hospitant der konservativen deutschen Reichstagsfraktion, der Vorläuferin der jetzigen „deutschnationalen“

Verheimlichung der Erzberger-Mörder.

Diplomatische Aktion in Budapest.

Budapest, 19. August. (U.) In der Affäre des angeblichen Aufenthaltens der Mörder Erzbergers äußerte sich der Minister des Innern, Rakoski, dahin, daß der deutsche Gesandte bereits mit dem Ministerpräsidenten in Budapest eine Unterredung über die Verhaftung der Verdächtigen gehabt habe. Der Ministerpräsident Graf Bethlen habe dem deutschen Gesandten die sorgfältige Untersuchung der Angelegenheit zugesichert und habe seinerseits auch mit dem Reichswehrminister Horthy über die Angelegenheit der in der Villa Gumböcs sich aufhaltenden deutschen Flüchtlinge verhandelt. Die deutsche Gesandtschaft hat von der Budapest-Gesandtschaft keine bestimmte Antwort erhalten, ob es sich wirklich um die Mörder Erzbergers handelt. In Regierungskreisen wird betont, daß von einer Auslieferung der drei Reichsdeutschen an die deutsche Regierung überhaupt keine Rede sein kann. (1) Man betont, daß die drei Reichsdeutschen keineswegs die Mörder Erzbergers seien, sondern daß es sich um ehemalige deutsche Offiziere, die an dem Kapp-Putsch beteiligt waren, handelt, die dann nach Ungarn geflüchtet seien. Der eine der drei, der verhaftete Förster, sei lediglich verhaftet worden, weil an seinen Papieren nicht alles in Ordnung war, er sei aber bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Förster hat angegeben, seine Papiere vernichtet zu haben, weil er ein deutscher Emigrant sei. Was die Rehnlichkeit Försters mit dem Erzberger-Mörder Thilleisen anlangt, so leugnet Förster auf das entschiedenste an der Ermordung Erzbergers beteiligt zu sein. Lediglich eine Verstümmelung seines linken Ohres habe dazu geführt, ihn für Thilleisen zu halten. Die beiden anderen verhafteten Deutschen, Schneider und Nezer, wurden nicht polizeilich verhört. Schneider ist auf das Gut des Abgeordneten Gumböcs zurückgekehrt und hat dort keine Stellung als Verwalter wiederum angetreten. Die Budapest-Polizei hält damit die Untersuchung für abgeschlossen.

Russischer Dank an die Labour Party.

Die Sowjetpresse kann auch anständig sein.

Moskau, 18. August. (D.G.) Die Engländerin Frau Lawrence, Mitglied des Parlamentes und der englischen Arbeiterpartei, ist in Moskau eingetroffen, um sich mit den Umständen in der Sowjetrepublik bekannt zu machen. Die Sowjetpresse begrüßt die Ankunft der Vertreterin der englischen Arbeiter und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Besuch zur weiteren Annäherung der russischen Proletarier an diejenige Klasse des englischen Volkes beitragen werde, die zum Zustandekommen des russisch-englischen Abkommens ihren gewichtigen Einfluß in die Waagschale geworfen habe.

Verlängerung der belgischen Heeresdienstzeit. Im belgischen Kriegsministerium wird über die Verlängerung der militärischen Dienstzeit um drei Monate beraten. Der Etat würde hierdurch mit 20 Millionen Fr. Mehrkosten belastet.

Englische Schiffe besuchen Rumänien. Das rumänische Marinekommando wurde verständigt, daß Ende August mehrere englische Kriegsschiffe die rumänischen Häfen besuchen werden.

Karachen in China. Nach einer Meldung des amerikanischen Gesandten in Peking sind in der Provinz Kuennan von neuem Unruhen ausgebrochen. In der unmittelbaren Nähe von Kanton fanden Kämpfe statt. Die amerikanischen Konsuln der Provinz haben Anweisung erhalten, Untersuchungen darüber anzustellen, ob bei den Kämpfen Amerikaner getötet worden sind.

Stralauer Kummel.

Ostlich für zwei Wochen ist diesjährig das Stralauer Fischzugsfest angelegt. Die Gastwirte und Schausteller brauchen Geld. Am vorigen Sonntag begann der Festkummel in lange nicht gesehenem Umfange. Es waren wohl mehr als hunderttausend Menschen, die sich in drangvoller fürchterlicher Enge durch den hinteren Teil des sonst so stillen schmalen Halbinselchens schoben. Schon der Festzug, der sich um 2 Uhr vom Stralauer Tor nach den Festkolken bewegte, brachte eine große Menschenmenge mit. Von Historischem und Künstlerischem war nichts zu sehen, auch nur wenig, das an die eigentliche Bedeutung dieses aus der Verfertigung heroorgeholten altberlinischen Volksfestes erinnerte. Darauf kommt es ja hier auch nicht an. Man will die Massen nach Stralau ziehen und ein gutes Geschäft machen. Deshalb war für die etwa 200 Schaustellerbuden jeder verfügbare Winkel in den größeren Gastwirtschaften und auf Lagerplätzen neben der Hauptstraße ausgenutzt. Anreißerfilmen überflogen sich, offenhalten schnurrten die Gewinnräder und trudekten die Würfel. Autos und Reitspinneln als Gewinne hatten sich nach Stralau noch nicht verirrt, aber Hunderte rätelten sich glücklich in dem für ein paar Groschen gewonnenen Korbsessel und trugen ihn am Abend stolz auf dem Buckel nach Hause. Erfreulicherweise fehlte die Gewinnbuden mit Schnapsflaschen. Deshalb blieb alles in den Grenzen harmloser Fröhlichkeit.

Das Dorf in der Stadt! Das wird Stralau noch lange bleiben. An keinem anderen Berliner Vorort ist die Entwicklung ähnlich stiefmütterlich vorübergegangen. Die verschiedenen Pläne, den Kummelsburger See zu einem Hafen auszugestalten, die Spreeseite villenmäßig zu bebauen und die Inselspitze durch eine mächtige Brücke mit Kummelsburg und Treptow zu verbinden, sind Träume geblieben. Manche sehen darin einen Vorteil. Wird auch der hintere Teil von Stralau industriell und baulich ausgeschlachtet, wie es mit dem vorderen Drittel schon geschehen ist, so geht der letzte idyllische Reiz der kleinen Insel verloren.

Dichtung und Wahrheit.

Die Stieftochter als Belastungszeugin.

Unter einem großen Aufgebot von medizinischen Sachverständigen begann heute ein umfangreicher Prozeß wegen Rotzucht vor dem großen Schöffengericht Mitte, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Wachter. Wegen des großen Umfanges des auf zwei Tage berechneten Prozesses finden die Verhandlungen im Schwurgerichtssaal statt. Die Anklage richtet sich gegen den Kaufmann Karl Heinrich v. Bangen, der beschuldigt wird, seine jetzt 18 Jahre alte Stieftochter Lieselotte schon im Alter von 8 Jahren und in der Folgezeit mehrfach vergewaltigt zu haben.

Die Anzeige erfolgte im Jahre 1922, nach dem Tode der Mutter der Zeugin. Nach den Behauptungen Lieselottes sei sie von ihrem Stiefvater so eingeschüchtern worden, daß er ihr gedroht habe, daß sie ins Gefängnis käme, wenn sie sich etwa jemandem anvertraue, daß sie es nicht gewagt habe, über die Vorgänge zu sprechen, nicht einmal zu ihrer Mutter. Erst nach dem Tode der Mutter habe sie, als sie in der Familie eines Apothekers Aufnahme gefunden hatte, sich förmlich zu bedürftig gefühlt, daß sie sich der befreundeten Familie anvertraut habe. Der Angeklagte bestreitet entschieden, sich an seiner Stieftochter vergangen zu haben. Er bezeichnet die ganzen Beziehungen als einen Raubakt des jungen Mädchens, weil sie glaube, bei der Erbverteilung zu kurz gekommen zu sein. Der Angeklagte ist der Sohn eines kleinen Landwirts und hat zunächst das Fleischerhandwerk erlernt. Im Jahre 1912 hatte er einen Automobilunfall durch einen Zusammenstoß mit der Straßenbahn gehabt. 1914 war er in einem Sanatorium und hat dann, als noch ziemlich junger Mann die um sehr viele Jahre ältere Frau A. geheiratet, die Witwe geworden war und zwei Töchter im Alter von 8 und 10 Jahren in die Ehe mitbrachte. Aus der Ehe ist auch noch ein Kind entsprungen. Die alte Frau war sehr kränzlich und ist im Jahre 1922 gestorben. Sie war Inhaberin eines großen Glaseschiffes, dessen Rittinhaber der Angeklagte auf dem Wege der Erbschaft wurde. Er hat dann später die Anteile der Töchter abgekauft und die Firma in eine Handelsgesellschaft umgewandelt. Nach der von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund vertretenen Anklage hat er die viele Jahre ältere Frau nur ihres Geldes wegen geheiratet, was der Angeklagte bestreitet. Er bezeichnet seine verstorbene Frau als nervös und hysterisch, die fast täglich Bach- und Weintrümpfe gehabt habe. Nach den Behauptungen der Zeugin sollen diese Anfälle jedoch die Folgen seiner brutalen Handlungen gewesen sein. Die Mutter sei sehr sinnlich und anormal veranlagt gewesen, so behauptete der Angeklagte, und die Tochter habe das von der Mutter geerbt. Es handelte sich um Phantasien einer Jugendlichen. Ueber die Glaubwürdigkeit der Zeugin sind auf Antrag der Verteidigung und Staatsanwaltschaft zahlreiche Sachverständige geladen, darunter Geh. Med.-Rat Dr. Reil, Geh.-Rat Dr. Sürmer, Prof. Dr. Siepmann und Dr. Kranfeld. Die Gutachten werden sich nach der physikalischen, physiologischen und anatomischen Seite hin erstrecken. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Ein Protest der Wochenmarkthändler.

Der Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands (Verwaltung Berlin) rief zum Montagabend in Hauslands Festhallen alle Wochenmarkthändler Berlins zu einer öffentlichen Protestversammlung auf. Der Redner, Gen. Perle, protestierte scharf gegen das Textilverbot auf den städtischen Wochenmärkten. Der Bezirk Charlottenburg ging allen anderen voran und verbot zuerst den Handel mit Textilwaren auf den öffentlichen Märkten. Mehrere hundert Familien hätten durch diese Maßnahme ihre Existenz verloren, wäre es dem Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender nicht gelungen, das Verbot rückgängig zu machen. Auch in Wilmersdorf sollte eine Umstellung der Wochenmarkthändler stattfinden. Durch das Einreisen der Organisation wurde die Verdrängung der Textilhändler verhindert. Der zweite Redner, Gen. Oppel, tritt für eine Ermäßigung der Standgebühren auf den städtischen sowie Privatwochenmärkten ein. Während der Rabennieder nur 60 Proz. Friedensmiete zahlt, zahlt der Wochenmarkthändler das Dreifache des Vorkriegsstandes. Der letzte Redner, Gen. Schömann, betonte, daß sich jeder Händler mit der neuen Wochenmarktvorordnung und auch mit der Reichsgewerbeordnung befassen muß. Um die Stochkraft des Reichsverbandes zu erhöhen, ist ein fester Zusammenschluß auf freigewerkschaftlichem Boden notwendig.

Die Versammlung nahm einen Antrag an, welcher eine Verschmelzung des „Berliner selbständiger Händler“ mit dem Reichsverbande wünscht.

Einstimmig wurde eine Entschickung angenommen, die sich gegen die Verdrängung sehr vieler Artikel von den Wochenmärkten wendet. Eine Beschränkung der Wochenmarktarikel hätte nur das Anziehen der Preise zur Folge zum Nachteil der Konsumenten. Die Versammlung übertrug dem Reichsverband die Wahrung ihrer Interessen und verlangte, bei der Beratung der neuen Gesetze gehört zu werden.

Wilhelm II. im Auswärtigen Amt.

Irren wir nicht, so ist bei allen Reichsbehörden schon vor langer Zeit angeordnet worden, daß aus den Bureaus die Bilder Wilhelm II. zu entfernen sind. Oder sollte das Auswärtige Amt als einzige der Reichsbehörden sich davon ausgeschlossen haben, diese Anordnung zu treffen? Wir können das nicht glauben! Tatsächlich hängt aber in der Poststelle des Auswärtigen Amtes (Berlin, Charlottenstr. 50/51) in einem Bureaumittelpunkt an der Wand noch ein großes Bild Wilhelm II., und zwar so, daß es jedem, der den Raum betritt, sofort in die Augen fallen muß. Auch An-

gehörige fremder Staaten haben Anlaß und Gelegenheit, die Räume der Poststelle des Auswärtigen Amtes zu betreten. Welche Achtung sollen sie vor der deutschen Republik haben, wenn bei einer Reichsbehörde noch das Bild des Exmonarchen so liebevoll konfiziert wird, als geschähe jede Arbeit an dieser Stelle unter seinem Protektorat! Bei der Poststelle des Auswärtigen Amtes (wo übrigens der Besucher gelegentlich auch noch einen Beamten als „Hofrat“ titulieren hören kann) hat man vielleicht Wichtigeres zu tun, als ein Kaiserbild abzunehmen und zu befestigen. Doch die verantwortlichen Personen sollten es sich gesagt sein lassen, daß die Unterlassung leicht als Befundung reaktionärer Gesinnung empfunden werden kann. Es geht keinen Menschen etwas an, wen jemand in seiner Privatwohnung „aufhängt“. Anders aber sind solche Dinge zu beurteilen, wenn man sie im Bureau einer Behörde antrifft. Hier muß ein Bild Wilhelm II. heute wie eine dreifache Verhöhnung wirken. Hin-

Ein bestellter Zeuge.

Die Entlastungsrede für den Freund in der Tasche.

Bei einer unermuteten Revision am Schalter eines Postbeamten wurde ein Fehlbetrag von 1000 Mark entdeckt. Das Marko war dadurch entstanden, daß bei ihm an Stelle eines bestimmten Postens von Wechselvermerken städtische Marken aus der Inflationszeit vorgefunden wurden. Ueber die Herkunft dieser nahezu wertlosen Marken befragt, verwickelte sich der Beamte in Widersprüche. Erst wollte er sie versehentlich eingetauscht haben, dann wollte er für den „Gefallen“ sie umzuwechseln, 100 Mark erhalten haben. Es wurde nun bis zur weiteren Untersuchung entlassen. Wenige Tage darauf aber meldete er sich wieder bei der Kriminalpolizei, widerrief seine letzte Angabe und erklärte, er habe die Marken unentgeltlich und nur aus Versehen vertauscht. Um dieses zu erhärten, habe er auch gleich einen Zeugen mitgebracht. In geläufiger Rede setzte dieser Zeuge, ein Eisenbahnbeamter, nun auseinander, wie er den Vorgang beobachtet habe. Von einer Bestechung oder einer Vertuschung könne keine Rede sein. Die Ermittlungen, die die Kriminalpolizei unternahm, ergaben, daß der Eisenbahnbeamte an diesem Tage mehrere Jäger nach Potsdam hin und zurück geführt hatte. Als diese Ermittlungen den beiden unterbreitet wurden, waren sie empört. Schließlich sollten beide wegen Verdunkelungsgefahr festgehalten werden. Als man ihnen die Taschen durchsuchte — fand man bei dem Eisenbahner in der Hosentasche die Entlastungsrede von seinem Freunde Hand geschrieben, wörtlich ausgearbeitet. Der Eisenbahner gab daraufhin seine Schwindeleien zu, während der Postbeamte alle Schuld auf den Unbekannten schob.

Wässliche Friedhofshäuser und Brandstifter.

Man schreibt uns aus Jossen: Seit geraumer Zeit treiben Hofentzweiler hier ihr Unwesen, indem sie Schleifen von den Kränzen abreißen, die unsere Genossen auf dem Friedhofe niedergelegt haben. Auch die Leere eines Vorreigenossen wurde das Opfer dieser Raubzüge. In letzter Zeit legten sich die Burden darauf, Fensterheben jüdischer Mitbürger einzunehmen, Andersgemühte zu überfallen und schwarzgoldene Fahnen abzubrennen. Troßdem von verschiedenen Seiten Vorstellungen ausgeht wurden, gelang es nicht, der Burden habhaft zu werden. Am Verfassungstage wurde einem unserer Genossen die aus dem Hause hängende Fahne angezündet und nur einem günstigen Umstand ist es zu verdanken, daß der Dachtstuhl nicht in Flammen aufging. Als Täter wurde von der Polizei der Sohn des Direktors Riets von der früheren Zementfabrik festgesetzt. Dieser hoffnungsvolle Burche hat sich schon am Tage der Reichstagswahl besonders hervorgetan, indem er kommunistische und sozialdemokratische Plakate abreißen und einen Kommunisten mit einem Gemüthspöbel verprügelte. Die ABD-Männer, bescheiden, wie sie den Wässlichen gegenüber nun einmal sind, hielten stille. Unsere Genossen nahmen dem Helden den Knüttel ab und schickten ihn mit einer Tracht Prügel nach Hause.

Tödlicher Ausgang eines Tobjuchsanfalles. Gestern abend tobte der Schächler Friedrich Gerlach in seiner Wohnung Saldiner Straße 4, indem er Wirtschaftsgüter, Möbel, Betten usw. aus dem Fenster auf den Hof warf. Auf seine Ehefrau gab er zwei Schüsse ab, die jedoch fehlgingen. Ein herbeigerufener Beamter, der Gerlach zur Ruhe bringen wollte, wurde ebenfalls angegriffen und mit der Schusswaffe bedroht, so daß auch der Beamte von seiner Schusswaffe Gebrauch machen mußte. Gerlach wurde durch einen Herzschuß tödlich verletzt. Seine Leiche wurde dem Schauhaus übergeben.

Ellerbeiträge! Besuch die heutige Versammlung des Bundes entschiedener Schulreformer, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Kochstraße 13. Thema: „Schluß mit der Schulfestsetzung.“ — Die Zentralfstelle.

Zum Bericht über den Bezirksparteitag schreibt uns Genosse Künzler: Der Bericht über den Berliner Bezirksparteitag in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ sagt in bezug auf die Wahl der Vorsitzenden zum Bezirksvorstand: „Nach Umfrage im Vorhinein bleibt Vork. Künzler bei seiner Auffassung, auch als später, da er das Wort zu dieser Frage schließlich nicht mehr erteilt, durch schriftlichen Protest eine Stimmwahl zwischen Emil Richter und Hedwig Wachenheim gefordert wird.“ Zur Ergänzung und Richtstiftung habe ich dazu zu bemerken:

Nach Befragung des Wahlergebnisses (Befragter) beantragte Genosse Bernhard Krüger im Laufe einer Geschäftsordnungsdebatte Stimmwahl zwischen Georg Richter und Hedwig Wachenheim. Der Parteitag lehnte den Antrag Bernhard Krüger mit überprophetischer Mehrheit ab. Des Vorstehenden Verhalten und Geschäftsführung stand daher im vollen Einklang mit der Willensäußerung des Bezirksparteitags.

Von den Revisoren waren nur sechs zu wählen, nicht sieben wie der „Vorwärts“ mittelt. Genosse Bed. Wilmersdorf ist nicht gewählt.

Ueberfall auf eine Stationskasse.

Ein Bildweisskaff leisteten sich gestern, Montag, drei Räuber auf der Station Brilonwald bei Dortmund. Gegen halb vier Uhr nachmittags hielt ein eleganter zweifacher Sportwagen in Tropfenform vor dem Stationsgebäude. Ihm entlockten drei Männer. Mit vorgehaltener Pistole alles in Schach haltend, drangen sie in das Stationsgebäude ein, sprengten die Tür, erbrachen die Kasse und raubten die Stationskasseler in Höhe von 1700 Mark. Unangefochten blickten sie wieder ihren Wagen und fuhrn auf und davon. Die drei Männer werden folgendermaßen beschrieben: der eine groß und bloß, er sah wie ein Engländer aus, der zweite ebenfalls groß, trug eine braune Kuturne und einen hellbraunen Mantel, der dritte trug eine Samokschose, eine blaue Jacke mit Leibriemen und einen schwarzen Schapphut. Auf die Ergreifung der Räuber ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen nimmt das Raubdezernat, Kriminalkommissar Werneburg, im Polizeipräsidium entgegen.

Schweres Fährnglück auf dem Inn.

Eine aus sechs Knaben und einem Geistlichen bestehende Gruppe einer in Ober-Perth untergebrachten Ferienkolonie Schwarz-Weiß brach gestern, vier Uhr morgens, zu einem Ausflug auf und wollte bei Unter-Perth auf einer Fähre über den Inn sehen, ohne die Ankunft des abwesenden Führers abzuwarten. Das Fährboot wurde in der Nähe des anderen Ufers von der starken Strömung erfasst und kippte um. Alle sieben Insassen fielen ins Wasser. Der Geistliche und drei Knaben konnten sich ans Ufer retten, während die drei anderen Knaben, nämlich im Alter von 13 bis 14 Jahren und in Innsbruck wohnhaft, den Tod in den Wellen fanden. Ihre Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

